

Land: Gottes Gabe für alle

↳ Simbabwe heftiger Streit über Landbesitz

Oskar Wermter

Der historische Hintergrund

Das afrikanische Verständnis von Landbesitz und die Auswirkung der kolonialen Landzuteilungspolitik

Ursprünglich beruhte Reichtum für die bantusprachige Bevölkerung auf dem Besitz von Vieh und nicht von Land. Simbabwe, das Land zwischen den Flüssen Limpopo und Sambesi, ein Land von der ungefähren Größe des heutigen Deutschland, hatte vermutlich weniger als eine Million Einwohner, als Cecil Rhodes' „Pioniere“ es 1890 besetzten. Die Bevölkerung konnte sich eine extensive Nutzung des Bodens leisten.

Land gehörte der Sippe, der Großfamilie. Als die britischen Siedler den Privatbesitz an Land, das von Katasterbeamten vermessen wurde, einführten, und es auf dem freien Markt kauften und verkauften (obwohl sie es nie von den ursprünglichen Besitzern erworben hatten), war das für die Menschen, deren Land sie in Besitz nahmen, also für die Stämme der Matabele und der Mashona, etwas völlig Fremdes.

Dennoch heißt das nicht, dass Land in den Augen der Bevölkerung keinen Wert gehabt hätte. Sein Besitz war tatsächlich etwas unermesslich Wertvolles. Sie hatten es von ihren Ahnen ererbt, die auf diesem Land begraben worden waren. Die derzeitigen Erben würden es ihren Kindern übereignen, um selbst ihre letzte Ruhestätte dort zu finden. So waren die Menschen zutiefst verbunden mit ihrem Land, das für sie etwas Heiliges war. Das Land war der Raum, in dem sie eine bleibende spirituelle Existenz haben würden.

Als Lobengula, der König der Matabele, Rhodes und seinen Gefährten gewisse Rechte an Grund und Boden verlieh, konnte er sich im Traum nicht vorstellen, dass die Weißen alleinige Besitzer des Landes seines Volkes werden und es zum „Land des weißen Mannes“ machen wollten. Die ersten Missionare hatten eine europäische Vorstellung von Landbesitz und wurden sich nur schrittweise des spirituellen Charakters des afrikanischen Begriffs von Land bewusst. Sie selber brauchten Land für ihre Missionsstationen, Hospitäler, Schulen und für die Farmen, die sie benötigten, um sich erhalten zu können.

„Praktisch während der ganzen Kolonialgeschichte Rhodesiens wurde Land auf der Basis der Rassenzugehörigkeit aufgeteilt, so dass die Hautfarbe eines Men-

schen darüber bestimmte, welchen Landstrich er bebauen und wo er Wohnsitz nehmen konnte. [...] Durch den *Land Apportionment Act* von 1930 wurde die rassisch bestimmte Aufteilung von Grund und Boden institutionalisiert; dieses Gesetz wurde 1969 mit der Beschlussfassung über den *Land Tenure Act* fortgeschrieben, womit die Aufteilung des Landes in europäische und afrikanische Gebiete „für alle Zeit“ abgeschlossen wurde. Die gesamte Fläche Rhodesiens misst 96,4 Millionen Acres (= ca. 39 Millionen Hektar). Durch den *Land Tenure Act* sind jeweils 45 Millionen Acres für Afrikaner bzw. Europäer reserviert.“¹ Europäische Farmer konnten als Privatpersonen Land besitzen, was durch Besitzurkunden garantiert wurde. In den afrikanischen Gebieten galt ein System von Gemeineigentum. Nicht der einzelne Kleinbauer, sondern das Sippenoberhaupt „besitzt“ das Land. Nur ein kleiner Teil von afrikanischem Grund und Boden stand besonders qualifizierten Farmern als durch Besitzurkunden gesichertes Privateigentum zur Verfügung.

„Schon dieser Akt der Unterwerfung eines Volkes, die Tatsache, dass diese Menschen ausgesiedelt wurden und dass ihr Grund und Boden sodann gewaltsam besetzt wurde, säte Unzufriedenheit unter der eingeborenen Bevölkerung. Die schwarzafrikanischen Völker, sowohl die Ndebele als auch die Shona, befanden sich in ständigen kämpferischen Auseinandersetzungen mit den Siedlern, um ihr Land von diesen ausländischen Neusiedlern zu befreien. So wurde das Thema Landbesitz zu einem immerwährenden Zankapfel.“²

Die Kirche indes protestierte in den ersten Jahren nicht gegen diese Aufteilung des Landes entlang von Rassengrenzen. Die Missionare betrachteten sich als verantwortlich für „das wirkliche Wohlergehen und die gerechte Behandlung der Eingeborenen [...] Seltsamerweise aber gibt es nur wenig Belege für das Verhalten der katholischen Missionare [...] gegenüber dem *Land Apportionment Act* von 1930, der zur Grundlage des nach Rassen getrennten Landbesitzes wurde. Es scheint, dass die Missionare allen angeblich ursprünglichen Intentionen des Gesetzes zustimmten: dass nämlich durch die Garantie getrennter Gebiete, die ausschließlich von Afrikanern bewohnt würden, die Afrikaner vor Ausbeutung durch die Europäer geschützt werden sollten.“³ Ein anderer Grund dafür könnte gewesen sein, dass es noch keinen durch Bevölkerungswachstum verursachten Mangel an Grund und Boden gab.

Die Südrhodesische Missionskonferenz stellte das Konzept separater afrikanischer Siedlungsgebiete nicht in Frage, sie übte jedoch Kritik an deren Lage, an ihrem Umfang und ihrer Verwaltung. 1920 forderte der Jesuitenpater Alfred Burbridge, verantwortlicher Priester einer Stadtpfarrei für afrikanische Arbeiter, „dass angemessene Unterkünfte für verheiratete Afrikaner zur Verfügung gestellt werden sollten“⁴. Vorher hatte schon der anglikanische Missionar Arthur Shirley Cripps, ein Mann von franziskanischer Einfachheit und Liebe zu den Armen, gegen Versuche der Autoritäten protestiert, die afrikanischen Siedlungsgebiete um eine Million Acres zu verkleinern.⁵

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, brauchte man die Afrikanern vorbehaltenen Gebiete, um die schwarze Bevölkerung „an ihrem Ort“ festzuhalten. Von

Schwarzen nahm man nicht an, dass sie „verwestlicht“ werden könnten, dass sie fähig seien, sich mit europäischen Arbeitern zu messen und sich in städtisch geprägten Wohnbezirken niederzulassen. „In Rhodesien war es immer wohlüberlegte Regierungspolitik sicherzustellen, dass Arbeiter die Verbindung zu ihrer landwirtschaftlich geprägten Heimat beibehielten. Bis heute verlassen Leute, die Arbeit suchen, die Reservate, weil sie von ihrer Tätigkeit als Bauern ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Aber selbst wenn sie Arbeit finden, sind sie noch auf die Reservate angewiesen, und zwar aus zwei Gründen, die miteinander zusammenhängen: Die Löhne, die den Arbeitern gezahlt werden, sind so niedrig, dass sie es einem Mann nicht ermöglichen, damit den Unterhalt seiner Familie zu bestreiten; und der Mehrheit der Arbeiter ist es nicht erlaubt, ihre Familien mit in die Stadt zu bringen.“⁷

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Afrikanisches politisches Erwachen und der Kampf um Zugang zu Land

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die in den Städten lebende Bevölkerung, die eine (von Missionseinrichtungen geleistete) Ausbildung genossen hatte, nicht mehr bereit, ihren untergeordneten Status zu tolerieren. Rassentrennung wurde nicht mehr als „Schutzmaßnahme“ gesehen, sondern einfach nur als „unterdrückerisch“. 1961 stellten die katholischen Bischöfe fest: „Dürfen wir uns denn wundern, wenn Menschen zu umstürzlerischen Aktivitäten gereizt werden, solange es eine solch offensichtliche Ungleichheit in der Qualität und Quantität des von den beiden großen Rassengruppen im Land besiedelten Landes gibt? [...] Eine durchgreifende Landreform ist dringend erforderlich, wenn jemals der Funke einer Hoffnung auf einen dauernden Frieden aufkommen soll. Der Mehrheit in unserem Land müssen [...] größere Möglichkeiten des Erwerbs von Land und Wohnraum erschlossen werden.“⁸ Im November 1965 klagten die Bischöfe: „Man blicke auf die ungleiche Verteilung von Grund und Boden in diesem Land, auf den Skandal dieser Arbeitsbedingungen, womit ein normales Familienleben unmöglich gemacht wird [...]“⁹ Die Unterkünfte für afrikanische Saisonarbeiter, die zu einem „künstlichen Leben als Junggesellen“ gezwungen wurden, bewiesen die Verachtung der weißen Regierung Rhodesiens für das afrikanische Familienleben.¹⁰

Gerade zu der Zeit, als der Kolonialismus anderswo in Afrika Platz machen musste für die Autonomie der einheimischen Bevölkerung, wurde die Grund und Boden sowie die Rassen betreffende Gesetzgebung vom weißen Regime in Rhodesien noch verschärft. 1971 mussten die katholischen Bischöfe gegen Restriktionen protestieren, die sich gegen die Einschreibung afrikanischer Schüler und Studenten in vornehmlich von Weißen besuchten kirchlichen Schulen richteten. Sie bestanden auf dem „Recht der Kirche, in aller Freiheit dem ganzen Volk Gottes ohne Rücksicht auf die Rassenzugehörigkeit zu dienen“¹¹.

Die Unnachgiebigkeit der besitzenden herrschenden Klasse der Weißen führte unvermeidlicherweise zu einer gewaltsamen Explosion. Im „Befreiungskrieg“, der 1972 begann, ging es weitgehend um Grund und Boden betreffende Rechte. Immer wieder warnten die katholischen Bischöfe, dass nur Gerechtigkeit, auch Grund und Boden betreffend, dauerhaften Frieden bringen könne¹²: „Die christliche Option für Gerechtigkeit erfordert die Befreiung der Unterdrückten und das Verschwinden ungerechter Ungleichheiten. Die Unterprivilegierten haben ein Recht, sich zu organisieren und für ihre Befreiung zu kämpfen. Darum muss der Staatsbürger Strukturen, die objektiv ungerecht sind [...] revidieren: z.B. die Verteilung von Land nach Kriterien von Rassen- oder Stammeszugehörigkeit, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger [...] und schließlich die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Stammeszugehörigkeit, Hautfarbe oder Religion.“¹³

Nach dem Befreiungskrieg oder: Seit Erringung der Unabhängigkeit im Jahr 1980

Ohne Zweifel würde nun eine neue Nation geboren werden. Die Frage war nur: Auf welchen moralischen Prinzipien und Grundlagen sollte diese errichtet werden? Roger Riddell schlug einen radikalen Ansatz vor:

„Es sollte ein Programm der Umsiedlung aus den überbevölkerten afrikanischen Gebieten in die dünner besiedelten und qualitativ besseren Ländereien der Europäer geben [...] Ein Programm der Umsiedlung in das ungenutzte oder weniger genutzte Land würde nicht nur größere Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Entwicklung zugunsten der Umsiedler schaffen, sondern auch zu einer Verringerung des Landmangels in den afrikanischen Gebieten führen, was zugleich zu einer verbesserten Entwicklung der Landwirtschaft in diesen Gebieten führen würde. [...]

Ein System landwirtschaftlicher Einheiten in Gemeindebesitz würde die sicherste Grundlage für die zukünftige Entwicklung bilden. Statt das System des individuellen Grundbesitzes überall im Land auszuweiten, wird hier dafür plädiert, dass auf lange Sicht Grund und Boden an Kommunen verteilt werden sollte, wobei die Mitglieder der Kommunen das Land besitzen und gemeinsam bestellen sollten.“¹⁴

Der Autor

Oskar Wermter SJ, geb. 1942 in Ostpreußen, nach dem Krieg in Köln aufgewachsen, 1961 in Berlin Eintritt in die Gesellschaft Jesu. 1966–1968 erster Afrikaaufenthalt. Studien in München, Salisbury/Rhodesien (Harare/Simbabwe), Frankfurt und London. 1971 Priesterweihe in Berlin. 1972 Rückkehr ins ehemalige Rhodesien (Simbabwe). Seelsorgliche und publizistische Tätigkeit. 1987–2001 Medienreferent der Bischofskonferenz. Zur Zeit Seelsorger in Mbare/Harare und Leiter von „Jesuit Communications“. Veröffentlichungen u.a.: *Politics, A Christian approach* (Nairobi 2003); *Menschenrechte in Simbabwe* (Missio-Schriftenreihe, Aachen 2000). Anschrift: Jesuit Communications, P.O. Box St. 194, Southerton, Harare, Zimbabwe. E-Mail: owermt@zol.co.zw.

Das *Lancaster House Agreement*, das die Beendigung der Feindseligkeiten mit sich brachte und das neue Simbabwe konstituierte, erlaubte dem Staat nicht, in den ersten zehn Jahren in das den Landbesitz regelnde System einzugreifen. Auf der Basis des Einvernehmens zwischen Verkäufern und Käufern wurde jedoch von weißen Farmern Land gekauft, und Mitte der achtziger Jahre wurden 60.000 Bauernfamilien aus den überbevölkerten afrikanischen Gebieten in ehemals europäisches Agrarland umgesiedelt, und zwar entweder in kleinere private Parzellen oder in Parzellen, die Gemeineigentum wurden.¹⁵

Riddells sozialistische Vision wurde nicht verwirklicht, „weil es unter den simbabwischen Nationalisten, die darauf warteten, die Macht zu übernehmen, nicht genug Sozialisten gab“¹⁶. Es gab aber landwirtschaftliche Kooperativen, und es gibt sie immer noch.¹⁷

Die neue herrschende Elite, die aus früheren Guerillaführern bestand, machte sich bald die kapitalistischen Wertvorstellungen Rhodesiens zu eigen. Sich eine eigene kommerziell arbeitende Farm zu verschaffen wurde den Mitgliedern der neuen Führungselite wichtiger als eine Bodenreform zugunsten der Bevölkerungsmehrheit.

Stellungnahmen der katholischen Kirche seit 1989

Inzwischen hatten die katholischen Bischöfe, Riddells Vision in gewisser Weise aufnehmend, gesagt: „Miteinander Anteil am Land zu haben und es gemeinsam zu bearbeiten stellt sowohl in der afrikanischen Kultur als auch im christlichen Glauben, der Liebe und Gemeinschaft betont, einen hohen Wert dar.“¹⁸ Im Jahre 1989 erläuterten die Bischöfe die wesentlichen Prinzipien einer guten Landreform:

„Land ist nur begrenzt verfügbar. Es kann nicht hergestellt oder vervielfältigt werden. Es muss so verteilt werden, dass alle Bürger des Landes daraus Nutzen ziehen können. Es bedarf einer umfassenden Landpolitik. Die Lösung des Problems kann nicht dem Gewinnstreben des Einzelnen überlassen werden. Jeder, der Land besitzt, muss wissen, dass er der Nation als ganzer verpflichtet ist, das Land angemessen zu nutzen.

So etwas wie ein absolutes, unantastbares, fast heiliges Recht auf Land gibt es nicht. Wenn Land auf eine Weise gebraucht oder, richtiger gesagt, missbraucht wird, die mit dem Gemeinwohl nicht zu vereinbaren ist, darf der Staat es durch Neuverteilung einem besseren Gebrauch zuführen. [...]

Es ist wünschenswert, dass jede Familie in der Lage ist, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung zu erwerben, weil Privateigentum zur Stabilität und zum Wohlergehen der Familie beiträgt. Dies zu fördern und zu schützen, ist der Staat verpflichtet. Zu landwirtschaftlicher Produktion genutzter Grund und Boden ist andererseits ein wertvoller Vermögenswert, der auf die bestmögliche Weise zum Wohlergehen der Familie, der Nation und selbst der benachbarten Länder eingesetzt werden sollte, ganz gleich, ob jemand selbst Land besitzt oder ob ihm oder ihr ein Anteil an gemeinschaftlichem Land zugewiesen worden ist. [...]

Land muss den Bedürfnissen der Menschen dienen. Landbesitz muss auf eine solche Weise organisiert werden, dass die Menschen den bestmöglichen Gebrauch davon machen können. Keinem Landbesitzer, ganz gleich ob er ein großes oder nur ein kleines Anwesen besitzt, darf es erlaubt sein, die Grundregeln guter Landnutzung zu missachten und es so durch Nachlässigkeit zu zerstören. Der Staat hat das Recht, den Eigentümer zu zwingen, die Regeln für gute Landnutzung einzuhalten.“¹⁹

Im Jahre 1997 fügten die Bischöfe noch hinzu:

„Entschädigung muss Rücksicht nehmen auf die Anstrengungen, die der frühere Besitzer in Grund und Boden investiert hat, und sie muss es ihm ermöglichen, weiterhin produktiv zum Nutzen der Nation zu wirken. [...] Das Gemeinwohl erfordert, dass die Neuverteilung von Land auf eine solche Weise geschieht, dass die Fähigkeit der Landwirtschaft, Simbabwe und auch die benachbarten Länder zu ernähren, nicht beeinträchtigt wird.“²⁰

Als der Päpstliche Rat für Frieden und Gerechtigkeit 1997 das weitreichende Dokument *Für eine bessere Landverteilung* veröffentlichte, kam das für Simbabwe gerade zur rechten Zeit. „Gott hat die Erde und alles, was sie enthält, für alle Menschen und alle Völker bestimmt, so dass die ganze Menschheit an allem Geschaffenen in angemessener Weise Anteil haben sollte, geleitet von barmherziger Gerechtigkeit. [...] Wir dürfen die universale Bestimmung der Güter dieser Erde niemals aus den Augen verlieren. [...]“ Zu bedenken ist jedoch: „Wenn die Agrarreform sich einfach nur auf die Umverteilung von Landbesitz beschränkt, wird der Kampf gegen Armut und Unterentwicklung niemals gewonnen werden.“ Es ist mehr gefordert: „Zugang sowohl zu Energiequellen als auch zur Infrastruktur, welche die ständige Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Vermarktung der so gewonnenen Erträge ermöglichen, ebenso wie die Nutzung der sozialen Dienste.“²¹

Die für die Landreform geltenden Einschränkungen, die im *Lancaster House Agreement* enthalten waren, fielen 1990 weg, und es wurden neue Gesetze erlassen, die der Regierung größere Macht bei der Auswahl des für die Umverteilung vorgesehenen Landes gaben. Die Bischöfe bestanden darauf, dass „das letzte Ziel ein ehrliches und durchschaubares Programm der Neuverteilung und der Umsiedlung sein sollte, angemessen begründet und vorbereitet und verbunden mit klaren Kriterien für die zur Umsiedlung geeigneten Ländereien. Frauen, die in ländlichen Gebieten mindestens 40 Prozent der tatsächlichen Haushaltsvorstände ausmachen, müssen ebenso wie andere marginalisierte Einzelne oder Familien bei der Zuweisung von Umsiedlungsland unparteiisch berücksichtigt werden. Verdrängung von Landarbeitern muss vermieden und ihre Zukunft muss gesichert werden.“²²

Ereignisse seit der Jahrhundertwende

Der Streit ums Land führt erneut zu Gewalt

Im Jahre 2001 wurden die Kriegsveteranen gegen die 4000 europäischen Farmer losgelassen. Gewalttätige und illegale Überfälle auf Farmen wurden zum Werkzeug der laut propagierten „Neuverteilung des Landes“. ²³ Angehörige der herrschenden Klasse übernahmen viele Farmen, ohne selbst Farmer zu sein, während Kleinbauern auf Farmland ohne die nötigen Energiequellen, Schulen und Kliniken angesiedelt wurden. Die Folge war der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion in Simbabwe, das doch einmal der Brotkorb der gesamten Region gewesen war. Die Bischöfe warnten: „Leider ist der Umverteilung von Land durch Gewalttätigkeit, Blutvergießen und Einschüchterung Schaden zugefügt worden. Das Programm der Umverteilung von Land sollte Menschen zugute kommen, die wirklich bedürftig sind. Wir sollten darauf achten, bei dem Versuch Recht zu schaffen nicht größere Ungerechtigkeiten zu schaffen. Wichtig ist auch, dass man sich dabei um die Farmarbeiter kümmert. Vorrang haben sollte auch die Schaffung von Infrastrukturen und die Bereitstellung der notwendigen Mittel.“ ²⁴ Später brachten die katholischen Bischöfe gemeinsam mit dem Rat Christlicher Kirchen in Simbabwe auch ihre Sorge angesichts von Gewalttätigkeit und Gesetzlosigkeit zum Ausdruck. Sie betonten die Notwendigkeit der Entwicklung von Infrastrukturen und riefen die Neusiedler auf, „das Land auf eine verantwortliche und produktive Weise zu nutzen, wozu auch Aufforstung gehört“ ²⁵.

Die Regierung feierte derweil in den von ihr völlig kontrollierten Medien die Umverteilung von Land als den triumphalen Abschluss des Befreiungskriegs. Das Schlagwort lautete: „Das Land ist die Wirtschaft, und die Wirtschaft ist das Land.“ Dabei wurde vergessen, dass Grund und Boden nur so viel wert ist wie die Menschen, die ihn mit ihrer Erfahrung, ihrer Fachkenntnis und ihrem Arbeitsethos nutzen.

Präsident Mugabe nennt das Land gern heilig. „Land ‚heilig‘ zu nennen ist aber in höchstem Maß fragwürdig [...] Land ist zweifellos wertvoll, aber es ist nicht ‚heilig‘ [...] Es ist nicht nur theologisch, sondern auch wirtschaftlich betrachtet unsinnig, Land einen absoluten Wert zu nennen, es als etwas ‚Heiliges‘ zu betrachten [...] Land als solches bleibt unfruchtbar. Nur Menschen mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung, die im Schweiß ihres Angesichtes hart auf dem Land arbeiten, bringen Erträge hervor.“ ²⁶

„Menschen wollen Land, nicht nur in ländlichen, sondern auch in städtischen Gebieten.“ ²⁷ Seit Jahren hatte die Regierung „Wohnraum für alle bis spätestens zum Jahr 2000“ versprochen. Dies blieb ein leeres Versprechen. Die Regierung zerstörte sogar einen großen Teil des städtischen Wohnraums, als mit ihrer „Operation Clean-up/Murambatsvina“ alle unerlaubt errichteten Behausungen abgerissen wurden, ohne dass den neuerdings wohnungslos gewordenen Menschen alternative Unterkünfte angeboten wurden.

Die Versorgung einfacher Leute mit preiswertem Wohnraum ist überall in der Dritten Welt ein riesiges Problem. Weder der Markt noch die staatlichen

Autoritäten können dieses Problem lösen. Korrupte städtische Verwaltungsangestellte weisen nur denen Wohnraum zu, die in der Lage sind, sie zu bestechen. In Simbabwe ist es für die regierende Partei eine ausgemachte Sache, dass nur Antragsteller mit Parteibuch Aussicht haben, von der Regierung Wohnraum zu bekommen.

2006 haben alle Kirchen gemeinsam (die Katholische Bischofskonferenz, der Rat Christlicher Kirchen und der Bund der Evangelikalen) dem Präsidenten ein Diskussionspapier mit dem Titel *The Zimbabwe We Want* unterbreitet, das der Regierung in der Überzeugung zu folgen scheint, das Thema Umverteilung von Grund und Boden sei die Schlüsselfrage des Landes. Nicht alle sind mit dieser Sicht einverstanden. „Das zentrale Problem ist nicht der Landbesitz, sondern rechtsstaatliche Ordnung und Achtung vor dem Gesetz. Wenn das Land einmal gut regiert und das Gesetz geachtet wird, dann werden auch andere Probleme bezüglich Grund und Boden gelöst werden. Wir müssen die Korruption überwinden, ein anständiges Rechtssystem einführen und uns für das Gemeinwohl und nicht für den Vorteil bloß einer Partei einsetzen.“²⁸

Epilog

Viele Fragen bleiben in der zur Zeit in Simbabwe herrschenden chaotischen Situation ungelöst. Umgesiedelte Bauern haben keinen rechtlich gesicherten Anspruch auf das ihnen zugewiesene Land. Wenn sie der allmächtigen herrschenden Partei missfallen, können sie zur Räumung gezwungen werden.

Wenn man ihnen volles individuelles Eigentumsrecht an ihrem Grundbesitz gäbe, so „würde dies bedeuten, dass sie in der Lage wären, ihr Land zu verkaufen. Außerdem könnten sie es an die Banken verlieren, wenn sie ihre Darlehen nicht zurückzahlen können“. Dies könnte weithin zu einer Zunahme des entwurzelten städtischen Proletariats führen.²⁹ Man räumte ein, dass „einige Änderungen in der rechtlichen Konstruktion des kommunalen Landbesitzes erforderlich sind; eine Reihe von Optionen ist vorgeschlagen worden, welche mit Hilfe der Rechtsform unveräußerlichen Gemeineigentums die Sicherheit des Landbesitzes gewährleisten könnten“³⁰.

Allgemein wird angenommen, jeder Simbabweer sei ein geborener Farmer und habe das Recht, Agrarland als Eigentum zu besitzen. Das muss in Frage gestellt werden. „Telefonfarmer“, die in Harare in Büros der Regierung sitzen, werden Simbawwes verlorene Produktivität nicht wiederherstellen können.

Die Simbabweer waren schockiert, als die europäischen Farmer Land zu ihrem Privateigentum und zu einer vermarktbaren Ware machten. Nun aber will die Regierung den Staat zum Eigentümer von allem Grund und Boden machen, indem sie den Farmern nur Pachtverträge auf 99 Jahre gibt. Ist das die Antwort? Pachtverträge können gekündigt werden. Würde das die Farmer nicht abhängig machen von der Partei und der Regierung, die gerade an der Macht sind? Und ist nicht die unbegrenzte Macht der herrschenden Elite die Ursache der derzeitigen Misere Simbawwes, ja ganz Afrikas?

- ¹ Roger Riddell (zusammen mit dem Catholic Institute for International Relations, London, und der Peace Commission der Rhodesischen [jetzt Simbabweischen] Katholischen Bischofskonferenz), *The Land Question, From Rhodesia to Zimbabwe* No 2, Gwelo (jetzt Gweru) 1978, 5.
- ² Walter Nyatsanza, *The Zimbabwe Catholic Bishops on the Land Issue, 1959-2002*, 11.
- ³ Anthony J. Dachs/W.F. Rea, *The Catholic Church and Zimbabwe 1879-1979*, Gwelo (jetzt Gweru) 1979, 122.
- ⁴ Dachs/Rea, *The Catholic Church and Zimbabwe*, aaO., 93.
- ⁵ Douglas V. Steere, *God's Irregular: Arthur Shirley Cripps*, London 1973, Kapitel 9: A Million Acres, 80ff.
- ⁶ TTL bedeutet *Tribal Trust Land*, d.h. Ländereien, die ausschließlich für die afrikanische Bevölkerung bestimmt sind.
- ⁷ Riddell, *The Land Question*, aaO., 14.
- ⁸ Rhodesia Catholic Bishops' Conference, *Peace through Justice*, Pfingsten 1961.
- ⁹ Rhodesia Catholic Bishops' Conference, *A Plea for Peace. Pastoral Instruction*, November 1965.
- ¹⁰ Dies traf mitten ins Herz der afrikanischen Kultur, die eine Familienkultur ist. Es führte zu Prostitution und ließ zeitweilige Lebensgemeinschaften mit in den Städten lebenden Frauen zu allgemeiner Praxis werden. Dies hat zusammen mit der HIV/Aids-Pandemie tödliche Auswirkungen gehabt.
- ¹¹ Richard H. Randolph, *Church and State in Rhodesia 1969-1971. A Catholic View*, Gwelo (jetzt Gweru) 1971, 59.
- ¹² Catholic Commission for Justice and Peace in Rhodesia / Catholic Institute for International Relations (Hg.), *The Man in the Middle: Torture, Resettlement & Eviction*, 1975; dies. (Hg.), *Civil War in Rhodesia*, 1975.
- ¹³ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *United ... by Consent. Pastoral Guidelines*, 6. Dezember 1977.
- ¹⁴ Riddell, *The Land Question*, aaO., 31; 33.
- ¹⁵ Nicht 162.000, wie zunächst geplant. Die Verwirklichung des Programms verlor an Schwung, angeblich weil Großbritannien und die USA nicht so viel Geld für den Aufkauf von Land gaben, wie sie in Lancaster versprochen hatten; aber dann gab es nie eine Überprüfung der Durchführung.
- ¹⁶ Brian MacGarry, *Land for Which People? Some Unanswered Questions*, Gweru 1994, 13.
- ¹⁷ Ebd., 21.
- ¹⁸ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *Our Way Forward. Pastoral Statement*, 28. November 1982.
- ¹⁹ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *Solidarity and Service. Pastoral Statement*, 26. November 1989.
- ²⁰ *ZCBC Statement on Land Reform*, veröffentlicht als Zeitungsanzeige, in: The Herald, 8. Dezember 1997.
- ²¹ Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, *Towards a Better Distribution of Land*, Rom, 23. November 1997, Nr. 4-7. Auf der Homepage des Vatikan unter: www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/justpeace/documents/rc_pc_justpeace_doc_12011998_distribuzione-terra_en.html.
- ²² Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *Working for the Common Good. Pastoral Statement*, Mai 1998.
- ²³ Die 300.000 Farmarbeiter und ihre Familien hatten sogar noch mehr zu leiden als ihre

enteigneten Arbeitgeber. Viele Wanderarbeiter aus Malawi und Mosambik blieben ohne Arbeit und Unterkunft sich selbst überlassen.

²⁴ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *Tolerance and Hope. Hirtenbrief*, Mai 2001.

²⁵ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC)/Zimbabwean Council of Churches (ZCC), *Response to Land Question*, in: Crossroads, ZCBC News Sheet, Nr. 179, Advent 2001, 8.

²⁶ Oskar Wermter, *Cunning Mugabe tries to „use“ God*, in: The Zimbabwean [Wochenschrift für Simbabwe im Exil], 20.-26. Juli 2006.

²⁷ Andrew Nyathi, Vorsitzender der Simukai Cooperative Farm, in: Mac Garry, *Land for Which People?* aaO., 4.

²⁸ „Is This the Zimbabwe We Want?“ Kommentar in: In Touch with Church and Faith, Nr. 83, 6. 11. 2006, ein elektronischer Rundbrief von Jesuit Communications: owermter@zol.co.zw; ebenfalls veröffentlicht in: The Zimbabwean, 9.-15. November 2006, 15.

²⁹ Oskar Wermter SJ, *Politics, For Everyone and by Everyone. A Christian Approach on „Land - More than a Matter of Compensation“*, 61.

³⁰ MacGarry, *Land for which people?* aaO., 31.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

Indigene Völker und angestammte Gebiete in Kanada

Der Fall der Dene Tha

Jean-Guy A. Goulet

In *The Invasion of America. Indians, Colonialism and the Cant of Conquest*¹ bemerkt Francis Jennings, dass die „Doktrin, die ursprünglich Eroberungen im Heiligen Land legitimieren sollte, nun dazu dient, die Eroberung der Welt zu legitimieren.“ Kanada ist aus dieser Welteroberung europäisch-christlicher Siedler hervorgegangen. Schon bald nach der Invasion der Neuankömmlinge wurden die indigenen Völker durch Krankheiten dezimiert und verloren überdies den ungehinderten Zugang zu ihrem angestammten Land und den lebensnotwendigen Ressourcen. Mit der Zeit wurden die Erwachsenen zu billigen Arbeitskräften in einem neuen Wirtschaftssystem der Siedler. Wo die Christen in der Übermacht waren, wurden für die Indianer Häuser auf abseits gelegenen Grundstücken gebaut. Entsprechend der eurokanadischen Sicht, dass Frauen sich nicht am politischen Geschehen beteiligen sollten, wurden die männlichen Ureinwohner angewiesen, männliche Parteimitglieder in die örtliche Verwaltung zu wählen, die der Bundesregierung unterstand. Kinder mussten Schulen besuchen, die ihre Kultur, Reli-